Politisches Risiko

Unternehmen, die beabsichtigen im Ausland Geschäfte zu tätigen, müssen zunächst das damit verbundene politische (d. h. länderspezifische) Risiko in dem jeweiligen Land bewerten. Dabei geht es kurz gesagt um das Risiko, dass die Rendite einer Investition aufgrund von politischen Entscheidungen, Ereignissen oder Bedingungen (Matthee 2011) sinken kann. Es gibt verschiedene Arten von politischen Risiken, die sich aus dem jeweiligen politischen und rechtlichen Umfeld ergeben.

Das erste Risiko, mit dem ein Unternehmen, das in ausländischen Märkten operieren will, konfrontiert werden kann, sind von der Regierung auferlegte Handelsschranken. Eine ausländische Regierung erhebt beispielsweise Zölle auf Importe, um den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen und die Wertschöpfung durch Maßnahmen im eigenen Land zu erhöhen. Für ein Unternehmen, das seine Produkte in ausländische Märkte exportieren möchte, ist das nachteilig, da sich diese Produkte durch die Importzölle verteuern. Das zweite Risiko besteht in unsicheren Eigentumsrechten, was besonders in Entwicklungsländern verbreitet ist. Eine staatliche Übernahme der Vermögenswerte als Ergebnis dieser Rechtsunsicherheiten kann verschiedene Formen annehmen:

* Konfiskation: Entziehung geschäftlicher oder persönlicher Vermögenswerte ohne entsprechende Kompensation. In den 1980er Jahren konfiszierte beispielsweise Robert Mugabe, der damalige Premierminister von Simbabwe, mehr als 5.000 Farmen, deren Eigentümer europäischer Abstammung waren, und sorgte für eine Umverteilung des Landes an die einheimischen Bewohner (Cavusgil et al. 2014). Konfiskation in Entwicklungsländern ist nach wie vor ein Risiko im Bereich Bergbau.
* Enteignung: Entziehung geschäftlicher oder persönlicher Vermögenswerte mit entsprechender Kompensation. Im Jahr 2008 musste TNK-BP, ein russisches Tochterunternehmen von British Petroleum, einen großen Teil seines Ölgeschäfts an das staatliche Energieunternehmen Rosneft in Russland verkaufen, nachdem die russische Regierung politischen Druck ausgeübt hatte (Economist 2008; Cavusgil et al. 2014).
* Verstaatlichung: Übernahme eines kompletten Sektors. Manchmal wird eine Kompensation angeboten, eine Garantie gibt es dafür jedoch nicht. Große Teile der mineralgewinnenden Industrie Boliviens wurden beispielsweise verstaatlicht, ohne dass eine Kompensation dafür angeboten wurde (Economist 2008; Cavusgil et al. 2014).